

Glossar wichtiger Begriffe

Alle hier befindlichen Einträge sind der freien Enzyklopädie Wikipedia entnommen.

Es handelt sich jeweils um einen kurzen Abschnitt zur ersten Orientierung. Für den ganzen Eintrag besucht bitte die Seite von Wikipedia direkt, dort sind auch die ausführlichen Primär-Quellenangaben zu finden.

Dieses Glossar soll nur einen groben Überblick verschaffen und Euch den Zugang zur Materie erleichtern. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Anregungen zur Erweiterung werden gerne entgegengenommen. Die Inhalte stellen den aktuellen Stand am 14.3.2021 dar.

<https://www.wikipedia.de/>

Die Nutzung entspricht der Vorgabe der Wikimedia Foundation:

https://foundation.wikimedia.org/wiki/Terms_of_Use/de

Inhaltsverzeichnis

A

[Agenda 2030](#)

[Agrarstaat](#)

[Albedo-Effekt / Albedo-Rückkopplung](#)

B

[Biodiversität](#)

[BIP - Bruttoinlandsprodukt](#)

[BPoC, BIPoC, \(PoC\)](#)

[BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft](#)

[BMI - Bundesministerium des Innern](#)

[BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit](#)

[BMWI - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#)

[BNetzA](#)

C

[Cartagena-Protokoll](#)

[CBD - Convention on Biological Diversity](#)

[CCR - Carbon Capture and Recycling](#)

[CCU - Carbon Capture Utilization](#)

[CCS - carbon capture storage](#)

[CO2-Budget](#)

[Codex Alimentarius](#)

D

[Dekarbonisierung](#)

[Diversitas](#)

[Divestment / Desinvestition](#)

[DWD - Deutscher Wetterdienst](#)

E

[ECT - Energy Charter Treaty / Energiecharta-Vertrag](#)

[EE – Erneuerbare Energien](#)

[EEG 2021 - Erneuerbare-Energien-Gesetz](#)

[EFTA - European Free Trade Association](#)

[EK - Europäische Kommission](#)

[Energiewirtschaft](#)

[EnWG - Energiewirtschaftsgesetz](#)

[EP - Europäisches Parlament](#)

[EPA - Environmental Protection Agency](#)

[ER - Europäische Rat](#)

[EU - Europäische Union](#)

[EU – Ministerrat](#)

[EUCO - European Council](#)

[EVU – Energieversorgungsunternehmen](#)

[EWR - Europäischer Wirtschaftsraum](#)

F

[FAO - Food and Agriculture Organization / Welternährungsorganisation](#)

[Flächenversiegelung](#)

[FNB - Fernleitungsnetzbetreiber](#)

G

[GAP - Gemeinsame Agrarpolitik \(der EU\)](#)

[Geoengineering](#)

[GG - Grundgesetz](#)

H

I

[ICSU - International Council for Science / Internationaler Wissenschaftsrat](#)

[IGBP - International Geosphere-Biosphere Programme](#)

[Industriestaat](#)

[IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change](#)

[ISC - International Science Council / Internationaler Wissenschaftsrat](#)

J

K

[Kipppunkt](#)

[Klimagerechtigkeit](#)

[Klimarahmenkonvention](#)

[Klimaschutz](#)

[Kognitive Dissonanz](#)

[KVBG - Kohleverstromungsbeendigungsgesetz](#)

L

[LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW](#)

[LEPro / LEP - Landesentwicklungsprogramm / Landesentwicklungsplan](#)

[Liste der größten Treibhausgasemittenten](#)

[LULUCF - Land Use, Land-Use Change And Forestry](#)

M

[MaStR - Marktstammdatenregister](#)

[Mitigation](#)

N

[Nachhaltige Entwicklung - sustainable development](#)

[Nagoya-Protokoll](#)

[Netzbetreiber](#)

[NDC - nationally determined contributions](#)

[NIR - National Inventory Report / Nationaler Inventarbericht](#)

O

[OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development](#)

[OWP - Offshore-Windpark](#)

P

[PIK - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V.](#)

[ppM - parts per million](#)

[PtG - Power-to-Gas](#)

[PtX - Power-to-X](#)

[PV – Photovoltaik](#)

Q

R

[Rat der Europäischen Union](#)

[Raumordnung](#)

[Regionalplanung](#)

[Rio+20](#)

S

[SDG - Sustainable Development Goals](#)

[SRU - Sachverständigenrat für Umweltfragen](#)

[Stranded Assets](#)

[Stickoxide](#)

T

[THG Treibhausgase](#)

[Tipping point](#)

[Trilog](#)

U

[UBA - Umweltbundesamt](#)

[ÜNB - Übertragungsnetzbetreiber](#)

[UNESCO - United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization](#)

[UFZ - Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung](#)

[UNEP - United Nations Environment Programme](#)

[UNFCCC - United Nations Framework Convention on Climate Change](#)

V

[VNB – Verteilnetzbetreiber](#)

W

[Welternährungsorganisation](#)

[WKA - Windkraftanlage](#)

[WMO - World Meteorological Organization / Weltorganisation für Meteorologie](#)

[WTO - Welthandelsorganisation / World Trade Organization](#)

[Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie - kurz: Wuppertal Institut](#)

X,Y

Z

[Ziele für nachhaltige Entwicklung](#)

Agenda 2030

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, siehe *SDG*

Agrarstaat

Agrarstaat (englisch agricultural state) ist ein Staat, dessen Wirtschaftsstruktur durch Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei mit einem hohen Anteil der Agrarproduktion am Bruttoinlandsprodukt (BIP) dominiert wird. Pendant ist der Industriestaat.

Albedo-Effekt / Albedo-Rückkopplung

Eis-Albedo-Rückkopplung ist die Wechselwirkung zwischen Kryosphäre (schnee- und eisbedeckter Erdoberfläche) und globalem Klima. Nach den Begriffen der Regelungstechnik handelt es sich um eine positive Rückkopplung, welche die wirkende Ursache weiter verstärkt. Wasser und Boden absorbieren ca. 90 % der eingestrahnten Energie und heizen sich auf, was zum Abschmelzen weiterer Schnee- und Eisflächen führt. Umgekehrt führt eine Abkühlung zu einer Ausdehnung von Schnee- und Eisflächen, damit zu einer erhöhten Rückstrahlung und zu weiterer Abkühlung.

Schnee und Eis haben eine hohe Albedo (Rückstrahlvermögen des Sonnenlichts), nur ein kleiner Teil der einfallenden Sonnenenergie wird absorbiert. Schneebedecktes Eis hat mit einer Albedo bis 0,9 das höchste Rückstrahlvermögen. Im Gegensatz dazu beträgt die Albedo von Wasser nur ca. 0,06, d. h., 94 % der einfallenden Sonnenenergie wird absorbiert, nur 6 % wird reflektiert.

James Croll war der erste Wissenschaftler, der den hohen Stellenwert der Eis-Albedo-Rückkopplung für die Erklärung der Entstehung der Eiszeiten erkannte.

Biodiversität

Biodiversität oder biologische Vielfalt ist in den biologischen Wissenschaften ein Bewertungsmaßstab für die Fülle unterschiedlichen Lebens in einem bestimmten Landschaftsraum oder in einem geographisch begrenzten Gebiet (beispielsweise Rasterzelle oder Land). Drei Teilbereiche werden unterschieden: Erstens die genetische (häufig auch sichtbar unterscheidbare) Zahl der Varianten unter den Mitgliedern derselben Art, zweitens die Artenvielfalt und drittens die Menge der Ökosysteme (Lebensräume wie Biotop, Biom, Ökoregion).

Nach Carl Beierkuhnlein ist Biodiversität ein Maß für die qualitative, quantitative und funktionelle Vielfalt des Lebens auf allen Organisationsebenen im untersuchten Gebiet. Damit ist sie ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit eines Gebietes im Naturschutz, aber auch seiner nachhaltigen Bedeutung für den Menschen.

BIP - Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (in der Schweiz auch Bruttoinlandprodukt, offizielle Abkürzung: BIP; englisch gross domestic product, GDP) gibt den Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen an, die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen. Im Jahr 2018 betrug das Bruttoinlandsprodukt

der Bundesrepublik Deutschland 3.388,2 Mrd. Euro – also rund 3,4 Billionen Euro und damit 29 % des BIP der Eurozone oder 25 % des BIP der EU27.

BPoC, BIPoC, (PoC)

Person of Color (Plural: People of Color, wortwörtlich „Menschen von Farbe“), oft als PoC abgekürzt, auch BPoC (Black and People of Color) oder BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) sind Begriffe aus dem anglo-amerikanischen Raum und beschreiben jene Individuen und Gruppen, die vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt sind und die die „gemeinsame, in vielen Variationen auftretende und ungleich erlebte Erfahrung (teilen), aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der weißen Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ und ‚unzugehörig‘ definiert [zu] werden.“ Der Begriff wird in Deutschland sowohl aktivistisch als auch wissenschaftlich verwendet.

BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (kurz BMEL) ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Sein Hauptsitz bzw. erster Dienstsitz befindet sich in der Bundesstadt Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin. Das Amt der Bundesministerin und Behördenleiterin bekleidet seit dem 14. März 2018 Julia Klöckner (CDU).

BMI - Bundesministerium des Innern

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (bis 14. März 2018 Bundesministerium des Innern; kurz BMI)[2] ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Es hat seinen Hauptsitz bzw. ersten Dienstsitz in Berlin,[3] seinen zweiten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn. Behördenleiter ist von Amts wegen der Bundesminister des Innern, Horst Seehofer (CSU).

BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (kurz:)[2] ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Sein Hauptsitz bzw. erster Dienstsitz befindet sich in der Bundesstadt Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin.

BMWi - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Es hat seinen Hauptsitz bzw. ersten Dienstsitz in Berlin, seinen zweiten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn. Derzeitiger Behördenleiter ist der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier (CDU).

Die Behörde wurde 1949 als Bundesministerium für Wirtschaft gegründet. Mit der Ernennung des Kabinetts Merkel III wurde das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kraft Organisationserlass per 17. Dezember 2013 in Bundesministerium für Wirtschaft und Energie umbenannt.

BNetzA

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen mit Sitz in Bonn, kurz Bundesnetzagentur (BNetzA), ist eine obere deutsche Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Als oberste deutsche Regulierungsbehörde bestehen ihre Aufgaben in der Aufrechterhaltung und der Förderung des Wettbewerbs in sogenannten Netzmärkten. Eine weitere Aufgabe ist die Moderation von Schlichtungsverfahren. Die Bundesnetzagentur ist außerdem Aufsichtsstelle für Vertrauensdiensteanbieter nach der eIDAS-Verordnung.

Cartagena-Protokoll

Das Internationale Protokoll über die biologische Sicherheit, nach dem letzten Verhandlungsort Cartagena (Kolumbien) kurz Cartagena-Protokoll genannt, ist ein am 11. September 2003 in Kraft getretenes internationales Folgeabkommen der Konvention über biologische Vielfalt. Es regelt erstmals völkerrechtlich bindend den grenzüberschreitenden Transport, die Handhabung und den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen. Darin sind Maßnahmen vorgesehen, um die genetischen Ressourcen vor möglichen Gefahren zu schützen, die mit der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen verbunden sein können. 2010 wurde es durch das Nagoya-Protokoll unter anderem mit den Aichi-Zielen ergänzt.

CBD, Convention on Biological Diversity / Biodiversitätskonvention

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (kurz auch Biodiversitätskonvention, englisch Convention on Biological Diversity, CBD) ist ein am 29. Dezember 1993 in Kraft getretenes internationales Umweltabkommen.[3] Die CBD ist das wichtigste multilaterale Vertragswerk für den Schutz der Biodiversität auf der Erde.[4][5]

Das ab November 1988 erarbeitete Dokument wurde auf einer eigens einberaumten UNEP-Konferenz im Mai 1992 angenommen und konnte ab dem 5. Juni 1992 während der Rio-Konferenz unterzeichnet werden. Die Konvention hat inzwischen (Stand: März 2019) 196 Vertragspartner und wurde von 168 Staaten sowie der Europäischen Union unterzeichnet. Im internationalen Kontext haben lediglich Andorra, der Irak, Somalia und die Vereinigten Staaten das Vertragswerk bis heute nicht ratifiziert (Stand 2020).

Mit dem 2000 beschlossenen Cartagena-Protokoll, das 2003 in Kraft trat, und dem 2010 verabschiedeten und im Oktober 2014 in Kraft getretenen Nagoya-Protokoll existieren zwei völkerrechtlich verbindliche Abkommen, mit denen die Ziele der Konvention umgesetzt werden sollen. Während das Cartagena-Protokoll den grenzüberschreitenden Verkehr von gentechnisch veränderten Organismen regelt, etabliert das Nagoya-Protokoll einen rechtlich verbindlichen Rahmen für den Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich und formuliert für den weltweiten Artenschutz die so genannten „Aichi-Ziele“

CCR - Carbon Capture and Recycling

Ein alternativer, selten alternativ zu CCU verwendeter Begriff. (Siehe dort)

CCU - Carbon Capture Utilization

Carbon Capture and Utilization (zu deutsch: CO₂-Abscheidung und Verwendung, abgekürzt CCU), auch Carbon Dioxide Utilization (CDU; zu deutsch: CO₂-Nutzung), bezeichnet die Abscheidung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) insbesondere aus Verbrennungs-Abgasen und dessen angeschlossene Verwendung bei weiteren chemischen Prozessen. (...) Wird CCU anstelle von CCS [siehe dort] eingesetzt, kommt es zu einem Mehrausstoß an CO₂, da der gebundene Kohlenstoff nach Nutzung der aus dem CO₂ gewonnenen Rohstoffe wieder freigesetzt wird. Wird das genutzte Kohlendioxid jedoch dauerhaft vor Freisetzung geschützt, kann der Prozess eine wichtige Rolle zum Klimaschutz spielen.

CCS - carbon capture storage

CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Fachbegriffe: CO₂-Sequestrierung und CCS (englisch carbon dioxide capture and storage)) ist ein Verfahren zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre durch die technische Abspaltung am Kraftwerk (End of pipe) und „dauerhafte“ Einlagerung in unterirdische Lagerstätten. Es gibt großtechnische Vorhaben dieser Art, die sämtlich ohne Ansatz zum Nachweis einer Wirtschaftlichkeit verfolgt werden.

CO₂ wirkt in der Atmosphäre als Treibhausgas und ist die Hauptursache der menschengemachten globalen Erwärmung. Das Anwendungsgebiet der CO₂-Abscheidung und -Speicherung sollen große Punktquellen von CO₂ werden, vorrangig in Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen, aber auch bei Industrieprozessen und im Bergbau. Die Verfahrensschritte sind die Abscheidung, der Transport (wenn erforderlich) und die geologische Speicherung des CO₂. Als mögliche CO₂-Lagerstätten gelten besondere geologische Formationen wie tiefe salzwasserführende Grundwasserleiter (Aquifere) oder ausgeförderte Erdöl- und Erdgaslagerstätten, eventuell kommen ebenfalls tiefe Kohleflöze in Frage, bei denen aber der sichere Einschluss fraglich ist.

CO₂-Budget

Das CO₂-Budget, auch Kohlenstoffbudget, Carbon Budget oder Emissionsbudget oder auch -kredit, bezeichnet – im Kontext von Klimapolitik und globalen Klimaschutzmaßnahmen – die Menge der CO₂-Emissionen aus anthropogenen Quellen, die seit Beginn der Industrialisierung freigesetzt wurde bzw. noch freigesetzt werden kann, um mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eine globale Erwärmung über eine definierte Grenze hinaus zu vermeiden. Im Kontext der klimawissenschaftlichen Darstellung des Kohlenstoffkreislaufs versteht man unter einem CO₂- bzw. Kohlenstoffbudget eine Kohlenstoffbilanz, also eine budgetmäßige Aufstellung der Kohlenstoffflüsse von und zu Kohlenstoffspeichern wie etwa der Atmosphäre.

Codex Alimentarius

Der Codex Alimentarius (von lat. alimentarius für Lebensmittel und codex für Verzeichnis, Dokument) ist eine Sammlung von Normen für die Lebensmittelsicherheit und -produktqualität der Vereinten Nationen, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstmals 1963 herausgegeben wurde. Der Codex koordiniert den fairen Handel mit Lebensmitteln auf internationaler Ebene und stellt den Schutz der Gesundheit von Verbrauchern mithilfe von einheitlichen Normen sicher. Vorläufer waren der Codex Alimentarius Austriacus und der Codex Alimentarius Europaeus.

Dekarbonisierung

Dekarbonisierung oder auch Entkarbonisierung bezeichnet die Umstellung einer Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, in Richtung eines niedrigeren Umsatzes von Kohlenstoff. Das theoretische Ziel ist auf Dauer die Schaffung einer kohlenstofffreien Wirtschaft.

Diversitas

Diversitas (lateinisch für "Verschiedenheit") ist ein internationales Programm, das zum Ziel hat, die Erforschung der biologischen Vielfalt (Biodiversität) und menschliches Wohlergehen zu verflechten.

Das internationale Sekretariat befindet sich in Paris. Es wird beherbergt vom Französischen National-Museum für Naturkunde – Muséum National d'Histoire Naturelle (MNHN), während die Büros der Kernprojekte in verschiedenen Ländern beheimatet sind.

Das Programm wurde gegründet, sich den komplexen wissenschaftlichen Fragen zu widmen, die durch den Verlust an biologischer Vielfalt und Ökosystemdienstleistungen aufgeworfen werden, und wissenschaftlich begründete Lösungen zu dieser Krise aufzuzeigen (...) (siehe Wikipedia)

Der Verein Diversitas e.V. [Anmerk d. Verf.] setzt sich vor allem dafür ein, die Biodiversitätsforschung mit gesellschaftsrelevanten Problemen des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung von Biodiversität zu verbinden. Zu seinen Hauptzielen gehören die Unterstützung von Wissenschaft und Forschung sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Aus einer gemeinsamen Initiative des heutigen Vereins, des Museums für Naturkunde Berlin und des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung heraus entstand mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung NeFo, das Netzwerk Forum Biodiversitätsforschung Deutschland.

Divestment / Desinvestition

Der Begriff Desinvestition (auch Devestition; englisch divestment oder englisch disinvestment) bezeichnet in der Betriebswirtschaftslehre in einem Unternehmen die Kapitalfreisetzung durch die Veräußerung von Vermögensgegenständen, also die Umwandlung von Sach- oder Finanzwerten in liquide Mittel. Gegensatz ist die Investition.

DWD - Deutscher Wetterdienst

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) ist eine Bundesoberbehörde mit Sitz im hessischen Offenbach am Main. Der Deutsche Wetterdienst ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (§ 1 Abs. 1 DWDG). Die Bundesoberbehörde ist der nationale zivile meteorologische Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Er erbringt meteorologische Dienstleistungen (Wettersvorhersage) für die Allgemeinheit oder einzelne Nutzer, wie zum Beispiel die Schifffahrt, die Landwirtschaft oder die Wissenschaft.

ECT - Energy Charter Treaty / Energiecharta-Vertrag

Der Energiecharta-Vertrag (englisch Energy Charter Treaty, ECT) ist ein internationaler Vertrag, der nach dem Ende des Kalten Kriegs ursprünglich die Integration der Energiesektoren der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Osteuropas in die europäischen und globalen Märkte zur Aufgabe hatte. Die zu Grunde liegende Energiecharta wurde am 17. Dezember 1991 in Den Haag

unterzeichnet. Dabei handelte es sich um eine politische Erklärung der Prinzipien der internationalen Energiebeziehungen, darunter Handel, Transit und Investitionen. Die Absicht, einen rechtsverbindlichen Vertrag zu verhandeln, wurde darin ebenfalls zum Ausdruck gebracht.

Der rechtsverbindliche Vertrag selbst wurde im Dezember 1994 in Lissabon unterzeichnet. Der Vertrag und das Protokoll traten im April 1998 in Kraft.

Die Klage des Energiekonzerns Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Atomausstiegs beruft sich auf den Energiecharta-Vertrag. Ursprünglich sollte dieses Abkommen einen Anreiz für Energiekonzerne schaffen, in Entwicklungsländern zu investieren, doch nun wird es weltweit missbraucht, um Länder zu verklagen, wenn sie umweltschädliche Kohlekraftwerke und Ölbohrplattformen schließen wollen.

EE - Erneuerbare Energien

Als erneuerbare Energien (auch großgeschrieben: Erneuerbare Energien) oder regenerative Energien werden Energiequellen bezeichnet, die im menschlichen Zeithorizont für nachhaltige Energieversorgung praktisch unerschöpflich zur Verfügung stehen^{[1][2]} oder sich verhältnismäßig schnell erneuern. Damit grenzen sie sich von fossilen Energiequellen ab, die endlich sind oder sich erst über den Zeitraum von Millionen Jahren regenerieren. Erneuerbare Energiequellen gelten, neben der effizienten Nutzung von Energie, als wichtigste Säule einer nachhaltigen Energiepolitik (englisch sustainable energy) und der Energiewende.^[3] Zu ihnen zählen Bioenergie (Biomassepotenzial), Geothermie, Wasserkraft, Meeresenergie, Sonnenenergie und Windenergie.^[4] Ihre Energie beziehen sie von der Kernfusion der Sonne, die bei weitem die wichtigste Energiequelle ist, aus der kinetischen Energie der Erddrehung und der Planetenbewegung sowie aus der erdinneren Wärme.

EEG 2021 - Erneuerbare-Energien-Gesetz

Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021) regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Seit 2020 erweiterte es schrittweise das vorangehende Stromeinspeisungsgesetz. Während das EEG in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien von der Bundesregierung als erfolgreich eingestuft wurde, werden dessen ökonomische und ökologische Effizienz sowie Teilaspekte wie Ausnahmeregelungen für die Industrie kontrovers diskutiert.

EFTA - European Free Trade Association

Die Europäische Freihandelsassoziation (englisch European Free Trade Association, EFTA; französisch Association européenne de libre-échange, AELE) ist eine am 4. Januar 1960 im schwedischen Stockholm gegründete Internationale Organisation. Das entsprechende Übereinkommen trat am 3. Mai 1960 in Kraft. Ziel war die Förderung von Wachstum und Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten und die Vertiefung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern wie auch der Welt insgesamt. Gleichzeitig sollte sie ein Gegengewicht zu den Europäischen Gemeinschaften bilden. Nach ihrem Übereinkommen (geändert 2001) stellt die EFTA eine in ihrem Anwendungsbereich begrenzte Freihandelszone zwischen ihren Mitgliedern ohne weitere politische Ziele dar.

Beginnend mit dem Übertritt Dänemarks und des Vereinigten Königreiches zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1973 verlor die EFTA an Bedeutung gegenüber der EWG (bzw. später der EU). Seit 1995 gehören ihr nur noch Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz an. Mit Ausnahme der Schweiz bilden diese Länder zusammen mit jenen der Europäischen Union den Europäischen Wirtschaftsraum.

EK - Europäische Kommission

Die Europäische Kommission (abgekürzt EK, im offiziellen Schriftverkehr häufig KOM), kurz EU-Kommission, ist ein supranationales Organ der Europäischen Union (EU). Im politischen System der EU nimmt sie vor allem Aufgaben der Exekutive wahr und entspricht damit der Regierung in staatlichen Systemen. Sie hat jedoch noch weitere Funktionen: So überwacht sie als „Hüterin der Verträge“ etwa die Einhaltung des Europarechts durch die EU-Mitgliedstaaten und kann gegebenenfalls Klage gegen einen EU-Staat beim Europäischen Gerichtshof erheben. Zudem hat sie, bis auf einige in den Gründungsverträgen genannte Fälle, das alleinige Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren.

Die Mitglieder der Kommission der Europäischen Union, die EU-Kommissare, werden von den Regierungen der EU-Staaten nominiert und vom Europäischen Parlament gewählt. Sie sollen in ihren Entscheidungen unabhängig sein und nur die gemeinsamen Interessen der Union, nicht die ihrer jeweiligen EU-Herkunftsstaaten vertreten. Ihre Amtszeit entspricht der fünfjährigen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, dem sie gemäß Art. 17, Abs. 8 EU-Vertrag gegenüber verantwortlich ist und das sie jederzeit abwählen kann.

Die Kommission wird von der Präsidentin der Europäischen Kommission, derzeit Ursula von der Leyen, geleitet, die unter anderem die Ressortverteilung festlegt und auch einzelne Kommissare entlassen kann. Sitz der Kommission ist Brüssel; einige Dienststellen befinden sich in Luxemburg.

Energiewirtschaft

Der Begriff Energiewirtschaft umschreibt alle Einrichtungen und Handlungen von Menschen und Institutionen, die das Ziel verfolgen, die Versorgung von Haushalten und Betrieben aller Art mit konventionellen und regenerativen Energieträgern sicherzustellen. Dazu zählen Stadtgas, Erdgas, flüssigen Kraftstoffen, elektrischer Energie oder festen Energieträgern wie Kohle, Koks, Torf und Holz.

Er umfasst u. a. die Themenbereiche Energiequelle, Energiegewinnung, Energiespeicherung, Energieübertragung, Energiehandel, Vertrieb und Abrechnung von Energie sowie die Energiesicherheit. Zu den Akteuren der Energiebranche zählen Energieerzeuger und Energieversorger sowie der Anlagen- und Systembau mitsamt deren Finanzierung und Wartung. Träger der Energiewirtschaft sind vorrangig die sogenannten Energieversorgungsunternehmen (EVU); Die Energiewirtschaft zählt neben Chemieindustrie und Landwirtschaft zu den wichtigsten Schadstoffemittenten in der globalen Wirtschaft.

EnWG - Energiewirtschaftsgesetz

Das deutsche Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz — EnWG) trat erstmals 1935 in Kraft und wurde zuletzt im Jahr 2005 neu gefasst. Es enthält grundlegende Regelungen zum Recht der leitungsgebundenen Energie.

EP - Europäische Parlament / EU-Parlament

Das Europäische Parlament (inoffiziell auch Europaparlament oder EU-Parlament; kurz EP; lat. Parlamentum Europaeum) mit offiziellem Sitz in Straßburg ist das Parlament der Europäischen Union (Art. 14 EU-Vertrag). Seit 1979 wird alle fünf Jahre (zuletzt 2019) in allgemeinen, unmittelbaren, freien, geheimen, aber nicht gleichen Europawahlen von den Bürgern der EU gewählt. Damit ist das

Europäische Parlament das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union und die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit.

EPA - Environmental Protection Agency

Die United States Environmental Protection Agency (EPA bzw. USEPA, deutsch Umweltschutzbehörde) ist eine unabhängige Behörde der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Umweltschutz und zum Schutz der menschlichen Gesundheit.

Ihr Sitz ist Washington, D.C. im Ariel Rios Building in der Pennsylvania Avenue. Bei der Behörde sind etwa 17.000 Mitarbeiter beschäftigt. Sie soll unter anderem die Umsetzung von Umweltschutzgesetzen begleiten. Seit 1982 besteht das Office of Criminal Enforcement, Forensics and Training (OCEFT), eine eigene Vollzugs- und Ermittlungsbehörde. Sie hat 1988 volle Polizeibefugnisse erhalten.

ER - Europäische Rat

Der Europäische Rat (ER, informell auch EUCO, vom englischen European Council) ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU). Mindestens zweimal pro Halbjahr findet sich der Rat zu einem Treffen ein, das auch als EU-Gipfel bezeichnet wird. Im politischen System der EU nimmt der Europäische Rat eine besondere Rolle ein: Er ist nicht an der alltäglichen Rechtsetzung der EU beteiligt, sondern dient als übergeordnete Institution insbesondere dazu, bei wichtigen politischen Themen Kompromisse zwischen Mitgliedstaaten zu finden und grundsätzliche Impulse für die weitere Entwicklung der Union zu setzen. Seine Aufgaben und Funktionsweise sind in Art. 15 EU-Vertrag und Art. 235 f. AEU-Vertrag geregelt.

EU - Europäische Union

Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenverbund aus 27 europäischen Ländern. Außerhalb des geographischen Europas umfasst die EU Zypern und einige Überseegebiete. Sie hat insgesamt etwa 450 Millionen Einwohner. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist der EU-Binnenmarkt der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Erde. Die EU stellt eine eigenständige Rechtspersönlichkeit dar und hat daher Einsichts- und Rederecht bei den Vereinten Nationen.

EU - Ministerrat

[\(Siehe Rat der Europäische Union\)](#)

EUCO - European Council

(Siehe ER)

EVU Energieversorgungsunternehmen

darunter versteht man meist ein Unternehmen, das elektrische Energie bereitstellt oder über das öffentliche Stromnetz verteilt oder das seine Abnehmer mit Erdgas oder Fernwärme beliefert. Im weiteren Sinne kann man auch Erdölindustrie und Kohleförderer bzw. -importeure sowie die Brennstoffhändler zur Energiewirtschaft zählen.

EWR - Europäischer Wirtschaftsraum

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) ist als Wirtschaftsraum eine vertiefte Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und drei Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA).

FAO - Food and Agriculture Organization / Welternährungsorganisation

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (englisch Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO; französisch Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, ONUAA), im deutschen Sprachraum auch als Welternährungsorganisation bezeichnet, ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Rom. Sie hat die Aufgabe, die Produktion und die Verteilung von landwirtschaftlichen Produkten im Allgemeinen und Nahrungsmitteln im Besonderen weltweit zu verbessern, um die Ernährung sicherzustellen und den Lebensstandard zu verbessern. Zu diesem Zweck hat sie z. B. den Codex Alimentarius entwickelt, der internationale Standards für die Lebensmittelsicherheit definiert.

Flächenversiegelung

Flächenversiegelung oder Bodenversiegelung bezeichnet das Bedecken des natürlichen Bodens durch Bauwerke des Menschen. Von Flächenversiegelung wird deshalb gesprochen, weil in den Boden von oben kein Niederschlag mehr eindringen kann und so viele der dort normalerweise ablaufenden Prozesse gestoppt werden. Zur Versiegelung werden auch nicht sichtbare Bauwerke unter der Erdoberfläche gezählt, wie z. B. Leitungen, Kanäle, Fundamente sowie stark verdichtete Böden.

FNB - Fernleitungsnetzbetreiber

Fernleitungsnetzbetreiber (FNB, engl. Transmission System Operator, kurz TSO[1]) sind Dienstleistungsunternehmen, die die Infrastruktur der überregionalen Gasnetze zum Transport von Erdgas operativ betreiben, für bedarfsgerechte Instandhaltung und Dimensionierung sorgen und Gashändlern/-lieferanten diskriminierungsfrei Zugang zu diesen Netzen gewähren. Das Fernleitungsnetz ist an das engmaschigere Netz der Verteilnetzbetreiber (VNB) angeschlossen, die in der Regel die Versorgung der Endkunden gewährleisten.[2]

GAP - Gemeinsame Agrarpolitik (der EU)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist ein Politikbereich der Europäischen Union. Sie definiert Regeln für die Landwirtschaft in den Ländern der Europäischen Union. Mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets der EU stellt die GAP den zweitgrößten Haushaltsposten der Gemeinschaft dar.

Die GAP gehört auch zu den ältesten Politikfeldern der EU: die sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften einigten sich schon bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 auf die Vergemeinschaftung der Landwirtschaftspolitik. Sie trat 1962 in Kraft. (...)

Die GAP beruht heute auf zwei „Säulen“. Die erste Säule umfasst Direktzahlungen an Landwirte sowie die gemeinsamen Marktordnungen für einzelne Agrarerzeugnisse. Die zweite Säule ergänzt die GAP seit 1999 und zielt auf die Entwicklung des ländlichen Raums. Seit der Reform 2013 gewann die Reduktion der negativen Umweltauswirkungen der Landwirtschaft an Bedeutung.

Die Förder-Leitlinien der GAP werden in der Regel alle sieben Jahre beschlossen und richten sich nach den mehrjährigen Haushaltsplänen der EU. Für die Periode von 2021 bis 2027 sind rund 365 Milliarden Euro eingeplant. Für die Förderperiode 2014 bis 2020 wurden 312,7 Mrd. EUR (29 %) für marktbezogene Ausgaben und Direktbeihilfen (Säule 1) sowie 95,6 Mrd. EUR (9 %) für die Entwicklung des ländlichen Raums (Säule 2) geplant.

Geoengineering

Der Sammelbegriff Geoengineering (auch Geo-Engineering oder Climate Engineering) bezeichnet vorsätzliche und großräumige Eingriffe mit technischen Mitteln in geochemische oder biogeochemische Kreisläufe der Erde. Als Ziele derartiger Eingriffe werden hauptsächlich das Abbremsen der anthropogenen globalen Erwärmung, etwa durch den Abbau der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, oder die Verringerung der Versauerung der Meere genannt.

Unterschieden werden Projekte zum Solar Radiation Management (SRM), die einfallende Sonnenstrahlung reduzieren sollen bzw. Carbon Dioxide Removal (CDR), die Treibhausgase wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus der Atmosphäre entfernen und möglichst dauerhaft speichern sollen. Maßnahmen zur CO₂-Entnahme bekommen im Kontext von Netto-Null Treibhausgasemissions Zielen zunehmend mehr Bedeutung in der Klimapolitik.

Viele vorgeschlagene Geoengineering-Technologien sind nicht im planetaren Maßstab verfügbar und ihre technische Machbarkeit, ihre ökologischen, finanziellen, gesellschaftlichen und politischen Kosten und Risiken sind unbekannt. In Klimamodellen werden daher auch die möglichen Beiträge von Geoengineering bewertet.

GG - Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (umgangssprachlich auch deutsches Grundgesetz; allgemein abgekürzt GG, seltener auch GrundG) ist die Verfassung Deutschlands. Der von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn tagende Parlamentarische Rat hat das Grundgesetz im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte ausgearbeitet und genehmigt. Es wurde von allen deutschen Landtagen in den drei Westzonen mit Ausnahme des bayerischen angenommen. Eine Volksabstimmung gab es mithin nicht. Dies und der Verzicht auf die Bezeichnung als „Verfassung“ sollte den provisorischen Charakter des Grundgesetzes und der mit ihm gegründeten Bundesrepublik Deutschland betonen.(...)

ICSU - International Council for Science / Internationaler Wissenschaftsrat

Der Internationale Wissenschaftsrat (englisch International Council for Science, französisch Conseil International pour la Science), kurz ICSU, ehemals International Council of Scientific Unions, war der 1931 gegründete internationale Dachverband der wissenschaftlichen Gesellschaften und wissenschaftlichen Akademien mit Sitz in Paris. Im Juli 2018 fusionierte ICSU im Rahmen einer konstituierenden Generalversammlung in Paris mit dem Internationalen Sozialwissenschaftsrat (ISSC) zum International Science Council (ISC).

IGBP - International Geosphere-Biosphere Programme

Das International Geosphere-Biosphere Programme (IGBP) war ein international ausgerichtetes Forschungsprogramm, das den Globalen Wandel (Global Change) untersuchte.

Das wissenschaftliche Ziel des 1986 gegründeten IGBP war es, zusammen mit dem World Climate Research Programme (WCRP) und dem International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change (IHDP) die interaktiven physikalischen, chemischen und biologischen Prozesse, die das System Erde regulieren, zu beschreiben und zu verstehen sowie die Zusammenhänge ihres natürlichen wie auch anthropogenen Wandels zu analysieren.

Der Internationale Wissenschaftsrat (ICSU) war – wie bei den beiden anderen Global-Change-Programmen – der Geldgeber des IGBP. Das Programm wurde Ende 2015 beendet.

Noch in der Prüfung

IHDP - International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change

Das International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change (IHDP) ist eine internationale, interdisziplinäre Nichtregierungs-Wissenschaftsorganisation. Es wurde 1996 vom International Council for Science (ICSU) und dem International Social Science Council (ISSC) gegründet. Das IHDP will wissenschaftliche Forschung, Kapazitätenbildung und Vernetzung vorantreiben, katalysieren und koordinieren.

Das Themenspektrum reicht von der Dynamik der Landnutzung und der dadurch verursachten Landveränderungen, institutioneller Dimensionen globaler Umweltveränderungen, menschlicher Sicherheit, nachhaltiger Produktions- und Konsumsysteme bis hin zu Nahrungs- und Wasserthemen, Urbanisierung und dem weltweiten Kohlenstoffzyklus, also dem Klimawandel. Laut Bundesministerium für Bildung und Forschung, das einen großen Teil der finanziellen Mittel beisteuert, liegt ein besonderer Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Sekretariat des IHDP befindet sich seit November 1996 an der Universität Bonn. Sein Personal besteht aus einem ausführenden Direktor, drei Internationalen Wissenschaftsprojekt-Koordinatoren sowie fünf weiteren Stellen. Es hat die Aufgabe, als Verteiler im Netzwerk der angeschlossenen Forschungsstellen zu fungieren und Informationen an diese sowie an relevante Einzelpersonen weiterzuleiten.

Industriestaat

Industriestaat (englisch industrialized state; oder Industrieland, veraltet auch Staaten der Ersten Welt) ist ein Staat, dessen Wirtschaftsstruktur durch Technologie und Industrie beherrscht wird und die Industrieproduktion einen hohen Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Produktionswert in einer Volkswirtschaft aufweist. Pendant ist der Agrarstaat.

Die klassischen Industriestaaten der westlichen Welt entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten vermehrt zu Dienstleistungsgesellschaften und bekamen mehr und mehr Konkurrenz durch sogenannte Schwellenländer.

IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen), im Deutschen oft als Weltklimarat bezeichnet, wurde im November 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als zwischenstaatliche Institution ins Leben gerufen, um für politische Entscheidungsträger

den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel zusammenzufassen mit dem Ziel, Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen zu bieten, ohne dabei Handlungsempfehlungen zu geben. Der Sitz des IPCC-Sekretariats befindet sich in Genf (Schweiz), 195 Regierungen sind Mitglieder des IPCC, darüber hinaus sind mehr als 120 Organisationen als Beobachter des IPCC registriert.

ISC - International Science Council / Internationaler Wissenschaftsrat

Der Internationale Wissenschaftsrat (International Science Council, ISC) ist eine weltweit tätige Internationale Nichtregierungsorganisation und Dachverband und Interessenvertreter nationaler und internationaler Wissenschaftsvereinigungen.

Der Internationale Wissenschaftsrat ist auf einer am 4. Juli 2018 in Paris stattfindenden Generalversammlung gegründeter Zusammenschluss der beiden Vorgängerorganisationen International Council for Science (ICSU) und dem International Social Science Council (ISSC) und damit eine der größten Organisationen dieser Art weltweit

Kipppunkt

siehe Tipping-Point

Klimagerechtigkeit

Klimagerechtigkeit ist ein normatives Konzept und Teil der Umweltgerechtigkeit, das den gegenwärtigen anthropogenen Klimawandel als ein ethisches und politisches Problem betrachtet, anstatt lediglich als eine Umwelt- und technische Herausforderung. Klimagerechtigkeit soll dafür sorgen, dass die heute ungleiche Verteilung der Folgen der globalen Erwärmung unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ausgeglichen wird, da jene Bevölkerungsgruppen (mehrheitlich im globalen Süden), die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, oftmals am stärksten und ungeschüttesten unter seinen Folgen zu leiden haben.[1][2] Ziel dieses Ansatzes ist es unter anderem, den zur globalen Erwärmung führenden Ausstoß von Treibhausgasen nicht nur unter Berücksichtigung historischer Emissionen auf alle Menschen weltweit gerecht aufzuteilen, sondern die Auswirkungen des Klimawandels mit Konzepten der Gerechtigkeit in Verbindung zu bringen, insbesondere mit sozialer Gerechtigkeit, indem Themen wie Gleichheit, Menschenrechte und kollektive Rechte für den Klimawandel untersucht werden.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung betrachtet den Klimawandel dabei als Produkt sozialer Ungleichheit und eines globalen Wirtschaftssystems, das dauerndes Wachstum als unabdingbar ansieht. Ein besonderer Fokus wird dabei auf die Rolle der MAPA (Most Affected People and Areas), also überproportional vom Klimawandel betroffenen Gruppen, wie Frauen, BIPOC[6], jungen, älteren und ärmeren Menschen gelegt. Insbesondere durch den Aufstieg der Graswurzelbewegungen mit dem Ziel der Klimagerechtigkeit – wie Fridays for Future, Ende Gelände oder Extinction Rebellion – gewann die Verbindung dieser Gruppen im Rahmen der Klimagerechtigkeit an Bedeutung.

Klimarahmenkonvention

siehe UNFCCC

Klimaschutz

Klimaschutz ist der Sammelbegriff für Maßnahmen, die der durch den Menschen verursachten globalen Erwärmung entgegenwirken und mögliche Folgen der globalen Erwärmung abmildern (Mitigation) oder verhindern sollen. Als wichtige Grenze gilt die Zwei-Grad-Schwelle, die nicht überschritten werden sollte, wenn katastrophale Auswirkungen der globalen Erwärmung verhindert werden sollen. Einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern gilt als eine der größten Herausforderungen der menschlichen Zivilisation. Da Kohlenstoffdioxid als wichtigster Treiber der gegenwärtigen Erderwärmung sehr lange in der Atmosphäre bleibt und manche Folgen des Klimawandels langfristig und irreversibel sind, werden die politischen Weichenstellungen der Gegenwart und unmittelbaren Zukunft tiefgreifende Auswirkungen für Tausende bis Zehntausende von Jahren haben.

Kognitive Dissonanz

Kognitive Dissonanz bezeichnet in der Sozialpsychologie einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand. Er entsteht dadurch, dass ein Mensch unvereinbare Kognitionen hat (Wahrnehmungen, Gedanken, Meinungen, Einstellungen, Wünsche oder Absichten). Kognitionen sind mentale Ereignisse, die mit einer Bewertung verbunden sind. Zwischen diesen Kognitionen können Konflikte („Dissonanzen“) entstehen.

Leon Festinger subsumiert einzelne Wahrnehmungen, Informationen, Bedürfnisse, Vermutungen, Meinungen usw. unter der Kategorie kognitive Elemente (Festinger 1978). Diese sind die Grundbausteine, aus denen sich die menschlichen Gedächtnisinhalte zusammensetzen. Wenn zwei kognitive Elemente zueinander im Widerspruch stehen, sodass das eine in gewisser Hinsicht das Gegenteil des anderen ausdrückt, entsteht Dissonanz. Ein konsonanter Zustand besteht hingegen, wenn keine Gegensätze vorliegen. Dissonante Zustände werden als unangenehm empfunden und erzeugen innere Spannungen, die nach Überwindung drängen. Der Mensch befindet sich im Ungleichgewicht und ist bestrebt, wieder einen konsistenten Zustand – ein Gleichgewicht – zu erreichen.

[Das führt unter anderem zu Selbsttäuschung, Verdrängungsmechanismen, etc.. Anm. des Verf.]

KVBG - Kohleverstromungsbeendigungsgesetz

Das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) ist ein Gesetz, das die Stein- und Braunkohleverstromung in Deutschland bis zum Jahr 2038 schrittweise reduzieren und beenden soll. Es wurde als Art. 1 des Kohleausstiegsgesetzes vom 8. August 2020 erlassen (BGBl. I S. 1818).

Es beruht auf dem Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung und dient der Erfüllung internationaler Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen, insbesondere im Rahmen des Pariser Klimaabkommens.

LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) ist eine wissenschaftlich-technische Fachbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Landesamt ist dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugeordnet. Hauptsitz Recklinghausen, Dienststellen Essen, Duisburg und weitere Außenstellen landesweit. Duisburg stellt seitdem das landesweite Zentrum des Gewässerschutzes und der Gewässerüberwachung für NRW dar.

LEPro / LEP - Landesentwicklungsprogramm / Landesentwicklungsplan

Als Landesentwicklungsprogramm oder auch Landesraumentwicklungsprogramm (kurz LEPro), als Landesentwicklungsplan (kurz LEP), in manchen Ländern auch als Landesraumordnungsprogramm, werden in den deutschen Bundesländern verbindliche Pläne mit Festlegungen zur Raumordnung auf Landesebene bezeichnet. Sie sind die wichtigsten Instrumente der Landesplanung.

Die Pläne und Programme sind meist eine Mischung aus konkretisierten Zielsetzungen, raumbezogenen Planfestlegungen und allgemeinen Richtlinien für die weiteren Planungen der Länder, aber auch der Regionen (Regionalplanung) und Gemeinden.

Liste der größten Treibhausgasemittenten

Liste der größten Treibhausgasemittenten enthält mehrere Tabellen mit Angaben zum Ausstoß von Treibhausgasen nach Ländern, Sektoren und Gasen sowie zu den weltweiten jährlichen Emissionen. Betrachtet werden die Treibhausgase Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) und fluorierte Treibhausgase (F-Gase). Datengrundlage sind die PRIMAP-hist Serien des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), in denen Daten verschiedener Quellen zusammengeführt wurden, um ein umfassendes und zusammenhängendes Datenset der Emissionen von 1850 bis 2017 zu erzeugen.[1] Die Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen wurden über ihr jeweiliges Treibhauspotential in CO₂-Äquivalente (CO₂-eq) umgerechnet. Generell nicht enthalten sind Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft

LULUCF - Land Use, Land-Use Change And Forestry

Sektorbezeichnung „**Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft**“ (Land Use, Land-Use Change And Forestry, LULUCF)

MaStR

Das Marktstammdatenregister ist ein behördliches Register aller Anlagen und Einheiten im deutschen Energiesystem. Es wird durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) geführt.

Mitigation

Substantiv, feminin für: Abschwächung, Abmilderung, Schadensbegrenzung

(Quelle: Verfasser, da kein Eintrag bei Wikipedia vorhanden]

Nachhaltige Entwicklung - sustainable development

Nachhaltige Entwicklung ist die deutsche Übersetzung des englischen Begriffs sustainable development („aufrechterhaltbare/durchhaltbare Entwicklung“). Sie bezeichnet eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation dient, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (verkürzte Definition gemäß dem Brundtland-Bericht). Der Ursprung der Idee liegt in dem Begriff der Nachhaltigkeit, welcher erstmals in der deutschsprachigen Forstwirtschaft auftauchte.

Heute bezieht sich der Begriff in der Regel auf soziale, ökonomische und ökologische Aspekte der Nachhaltigkeit und wurde in die auf internationaler und supranationaler Ebene geführten politischen

und wissenschaftlichen Diskussionen aufgenommen. Im Jahr 2015 wurden im Rahmen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung beschlossen.

Nagoya-Protokoll

Das Nagoya-Protokoll (englisch Nagoya Protocol on Access to Genetic Resources and the Fair and Equitable Sharing of Benefits Arising from Their Utilization) ist ein am 29. Oktober 2010 in Nagoya auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention beschlossenes internationales Umweltabkommen zur Umsetzung der Ziele der UN-Konvention über biologische Vielfalt (CBD) von 1993 („Aichi-Ziele“). Nachdem 50 Staaten und die EU am 14. Juli 2014 das Protokoll ratifiziert hatten, trat es 90 Tage später am 12. Oktober 2014 in Kraft.

Netzbetreiber

Siehe Übertragungsnetzbetreiber, Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilungsnetzbetreiber

NDC - nationally determined contributions

Die Begriffe nationally determined contributions (NDCs) und national festgelegte Beiträge bezeichnen ein Konzept, nach dem die Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris nationale Klimaschutzziele ausarbeiten, international kommunizieren und regelmäßig aktualisieren müssen. Die Ziele sind nicht völkerrechtlich bindend, die Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris müssen jedoch Maßnahmen umsetzen, die zur Umsetzung der NDCs beitragen.

NIR - National Inventory Report / Nationaler Inventarbericht

Der Nationale Inventarbericht, engl. National Inventory Report (NIR), ist die von den Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) der Vereinten Nationen jährlich erstellte Bilanzierung der Treibhausgas-Emissionen. Entscheidend ist diese Berichterstattung vor allem für Umsetzung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls und für den Emissionsrechtehandel.

NOX

Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) werden als NO_x zusammengefasst.

[\(Siehe Stickoxyde\)](#)

OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development

Die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (englisch Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD; französisch Organisation de coopération et de développement économiques, OCDE) ist eine internationale Organisation mit 37 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Sitz der Organisation und ihrer Vorgängerorganisation, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (englisch Organisation for European Economic Co-operation OEEC) ist seit 1949 Schloss La Muette in Paris.

OWP - Offshore-Windpark

Offshore-Windparks (OWP) sind Windparks, die im Küstenvorfeld der Meere errichtet werden. Die im Deutschen gelegentlich benutzte Bezeichnung „Hochsee-Windpark“ für Offshore-Windparks ist jedoch falsch, da diese bisher nicht auf „hoher See“, sondern ausschließlich auf dem Festlandssockel errichtet werden. Offshore-Standorte zeichnen sich üblicherweise durch relativ kontinuierliche Windbedingungen und hohe durchschnittliche Windgeschwindigkeiten aus, weshalb in ihnen installierte Windkraftanlagen für gewöhnlich eine hohe Auslastung von 3500 bis 5000 Volllaststunden erzielen. Da Errichtung, Netzanbindung und Betrieb insbesondere bei großen Küstenentfernungen und hohen Wassertiefen deutlich teurer sind als bei Windparks an Land, liegen die Stromgestehungskosten trotz größerer Stromerträge höher als bei der Windenergienutzung an Land.

PIK - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V.

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V. (PIK) ist ein als eingetragener Verein organisiertes wissenschaftliches Forschungsinstitut mit Sitz in der brandenburgischen Stadt Potsdam. Er untersucht wissenschaftlich und gesellschaftlich bedeutsame Fragestellungen in den Bereichen globaler Wandel, globale Erwärmung und nachhaltige Entwicklung. Forscher aus den Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften arbeiten zusammen, um fächerübergreifend Einsichten zu gewinnen, welche zur Grundlage für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft genutzt werden können.

Die wichtigsten methodischen Ansätze am PIK sind System- und Szenarienanalyse, quantitative und qualitative Modellierung, Computersimulation und Datenintegration. Das PIK ist u. a. tätig im International Geosphere-Biosphere Programme (IGBP), es unterstützt das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bei seiner Darstellung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes über die Globale Erwärmung und half beim Erstellen des Millennium Ecosystem Assessment.

Der Sitz befindet sich im Michelsonhaus auf dem Potsdamer Telegraphenberg.

ppM - parts per million

(...) Weithin gebräuchlich ist auch der englische Ausdruck parts per million (abgekürzt ppm, wörtlich übersetzt „Anteile pro Million“). (...) Ein ppm ist ein Promille von einem Promille.

[Diese Maßeinheit wird häufig verwendet, um den CO₂ Gehalt in der Atmosphäre anzugeben.
Anmerkung des Verf.]

PtG - Power-to-Gas

Power-to-Gas (kurz PtG oder P2G, frei übersetzt: ‚Elektrische Energie zu Gas‘) ist ein energiewirtschaftliches Konzept (bzw. eine Technologie), nach dem mittels Wasserelektrolyse und unter Einsatz elektrischen Stroms ein Brenngas hergestellt wird. Dieses Brenngas (meist Wasserstoff, ggf. Ammoniak, Methan) kann zur späteren Verwendung gespeichert werden. Unter anderem kann es in Form von Power-to-Fuel im Verkehrswesen genutzt werden (insbesondere als Treibstoff für Schiffe und Flugzeuge), als chemischer Rohstoff dienen (üblicherweise als Power-to-Chemicals bezeichnet) oder zur späteren Rückverstromung in Gaskraftwerken in der Gasinfrastruktur zwischengespeichert werden. Daneben existieren auch Konzepte für integrierte Speicherkraftwerke

auf Basis reversibler Brennstoffzellen, die mit Strom-zu-Strom-Speicherwirkungsgraden bis etwa 70 % deutlich höhere Gesamtwirkungsgrade versprechen als bisher existierende Power-to-Gas-Speicherprozesse.

Bei Power-to-Gas handelt es sich um eine sogenannte Power-to-X-Technologie, wobei Power die über dem Bedarf liegenden temporären Stromüberschüsse bezeichnet und das X die Energieform oder den Verwendungszweck, in den die elektrische Energie gewandelt wird. Power-to-Gas wird als saisonaler Langfristspeicher angesehen, der niedrigere Wirkungsgrade besitzt als die direkte Verwertung von Stromüberschüssen im Wärmesektor oder Verkehrswesen (Power-to-Heat, Vehicle-to-Grid) per Sektorenkopplung oder als die Kurzfristspeicherung. Deshalb sollten diese Technologien aus Effizienzgründen früher zum Einsatz kommen als Langfristspeicher wie die Gasherstellung

PtX - Power-to-X

Power-to-X bezeichnet verschiedene Technologien zur Speicherung bzw. anderweitigen Nutzung von Stromüberschüssen in Zeiten eines (zukünftigen) Überangebotes variabler erneuerbarer Energien wie Solarenergie, Windenergie und Wasserkraft. Ebenfalls üblich sind die Bezeichnungen P2X bzw. P2Y, wobei P die über dem Bedarf liegenden temporären Überschüsse bezeichnet und das X bzw. Y die Energieform oder den Verwendungszweck, in den die elektrische Energie gewandelt wird. Analog dazu findet auch die Abkürzung PtX Verwendung.

PV - Photovoltaik

Unter Photovoltaik bzw. Fotovoltaik versteht man die direkte Umwandlung von Lichtenergie, meist aus Sonnenlicht, mittels Solarzellen in elektrische Energie. Seit 1958 wird sie in der Raumfahrt genutzt, später diente sie auch zur Energieversorgung einzelner elektrischer Geräte wie Taschenrechnern oder Parkscheinautomaten. Heute ist mit großem Abstand die netzgebundene Stromerzeugung auf Dachflächen und als Freiflächenanlage das wichtigste Anwendungsgebiet, um konventionelle Kraftwerke zu ersetzen.

Der Begriff leitet sich aus dem griechischen Wort für „Licht“ (φῶς, phos, im Genitiv: φωτός, photos) sowie aus der Einheit für die elektrische Spannung, dem Volt (nach Alessandro Volta) ab. Die Photovoltaik ist ein Teilbereich der Solartechnik, die weitere technische Nutzungen der Sonnenenergie einschließt.

Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union (im Vertragstext nur Rat, nichtamtlich oft auch EU-Ministerrat oder Ministerrat) ist ein Organ der Europäischen Union. Im politischen System der EU übt er zusammen mit dem Europäischen Parlament die Rechtsetzung der Europäischen Union aus. Da er die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten repräsentiert, kann er als die Staatenkammer der EU bezeichnet werden (neben dem Europäischen Parlament als Bürgerkammer).

Die Europäische Union verhandelt einige Politikbereiche, in denen das Europäische Parlament weniger Mitsprache hat. Diese intergouvernementalen Bereiche betreffen unter anderem die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Innerhalb dieses Rahmens arbeiten die Minister im Ministerrat zusammen.

Die Funktionsweise des Rates ist in Art. 16 EU-Vertrag und in Art. 237 ff. AEU-Vertrag geregelt. Er setzt sich aus jeweils einem Vertreter pro Mitgliedstaat zusammen, der ermächtigt sein muss, für

seine Regierung verbindliche Entscheidungen zu treffen. Der sogenannte Ministerrat ist zwar insgesamt ein einziges Organ, seine Sitzungen finden aber getrennt nach Politikbereich statt. Man spricht von den Ratsformationen. Zum Beispiel in derjenigen Ratsformation, in der es um Landwirtschaftsfragen geht, treffen sich die nationalen Minister, die in ihrer Regierung das entsprechende Ressort vertreten.

Raumordnung

Unter Raumordnung ist die planmäßige Ordnung, Entwicklung und Sicherung von größeren Gebietseinheiten (Regionen, Länder, Bundesgebiet) zur Gewährleistung der dauerhaften Nutzung des Lebensraumes zu verstehen. Dabei sind unterschiedliche Ansprüche an den Raum abzustimmen, Konflikte auszugleichen und langfristige Entwicklungsoptionen offen zu halten. Raumplanung dient der Raumordnung im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen. Zwischen Raumordnung und Raumplanung bestehen jedoch viele inhaltliche und historische Querverbindungen. Der Begriff Raumordnung wurde in Deutschland erstmals 1925/26 von dem Regierungsbaumeister Gustav Langen benutzt.

Regionalplanung

Die Regionalplanung dient als regionale Raumordnung der Konkretisierung, der fachlichen Integration und Umsetzung der Ziele der Raumordnung in den Regionen. Sie nimmt damit eine vermittelnde Stellung zwischen gesamtstaatlicher Planung (Landesentwicklung) und kommunaler Gemeindeentwicklung ein. Indem die Regionalplanung Grundsätze und Ziele für Raumordnung aufstellt, erzeugt sie Planungssicherheit für Gemeinden und Fachplanungsträger. Dabei arbeitet sie typischerweise mit Planungsmaßstäben zwischen 1:100.000 und 1:150.000. Die Regionalplanung ist den rechtlichen Instrumenten der Regionalentwicklung zuzuordnen. (...) der Regionalplanung wird im Gegensatz zur Stadtplanung auch die Entwicklung von Landgemeinden bzw. Dörfern und Ländlichen nicht verstädterten Räumen/Regionen berücksichtigt.

Rio+20

Die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (englisch United Nations Conference on Sustainable Development, kurz UNCSO) fand vom 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro statt. Kurz als Rio 2012 bezeichnet, oder in Anspielung auf die 1992 durchgeführte Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung auch Rio+20 genannt, sollte die UNCSO die drei folgenden Ziele erreichen:

- Sicherstellung erneuerten politischen Engagements für nachhaltige Entwicklung
- Erfassung des Fortschritts sowie anhaltender Probleme bei der Umsetzung bereits beschlossener Ziele
- Adressierung neuer und entstehender Herausforderungen.

Thematisch sollten auf der UNCSO zwei Schwerpunkte verfolgt werden:

- die Green Economy im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung
- die institutionellen Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung.

An der Konferenz nahmen rund 190 Staaten teil.

SDG Sustainable Development Goals

Auf der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 beschlossen die UN-Mitgliedsstaaten die Entwicklung der SDG Ziele:

Die 17 **Ziele für nachhaltige Entwicklung** (englisch Sustainable Development Goals, SDGs; französisch Objectifs de développement durable) sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen (UN), welche weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.[1] Sie wurden in Anlehnung an den Entwicklungsprozess der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) entworfen und traten am 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) in Kraft. Im Unterschied zu den MDGs, die insbesondere Entwicklungsländern galten, gelten die SDGs für alle Staaten.

Der offizielle deutsche Titel lautet Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (kurz: Agenda 2030); synonym wird Globale Nachhaltigkeitsagenda, Post-2015-Entwicklungsagenda, Globale Ziele der UN und Weltzukunftsvertrag verwendet.

SRU / Sachverständigenrat für Umweltfragen

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (kurz SRU, bis 2005 Rat von Sachverständigen für Umweltfragen), auch bekannt als Umweltrat, ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der deutschen Bundesregierung. Der SRU begutachtet die Umweltsituation in Deutschland und berät die Bundesregierung hinsichtlich ihrer zukünftigen Umweltpolitik. Er wurde 1971 durch Erlass der Bundesregierung beim Bundesministerium des Innern eingerichtet und nahm 1972 seine Arbeit auf.[1] Ein eigenständiges Bundesumweltministerium gibt es in Deutschland erst seit der Katastrophe von Tschernobyl 1986, an das nach seiner Gründung die fachliche Zuständigkeit für den SRU überging. Der Umweltrat ist nicht an Weisungen gebunden und entscheidet selbst über die Themen seiner Gutachten, Stellungnahmen und sonstigen Publikationen; diese sind online erhältlich.

Der Sachverständigenrat wird von einer Geschäftsstelle unterstützt, die sich in Berlin befindet.

Ende 2011 versuchten Politiker von FDP und CDU, die Unabhängigkeit des Rates zu neutralisieren, indem sie die Geschäftsstelle des Rates mit einer hochdotierten Direktorenstelle ausstatten wollten, die vom Rat selbst weder erbeten noch für notwendig erachtet wurde. „Hierdurch soll der SRU auch in seiner Außendarstellung [...] dauerhaft in den (personal)-politischen Einfluss und Steuerungsbereich der Koalitionsfraktionen gebracht werden“, zitiert die taz ein internes Schreiben aus Koalitionskreisen. Der Rat hatte zuvor mehrfach scharfe Kritik an der Energiepolitik der Regierung geübt, beispielsweise an der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke oder dem Bau neuer Kohlekraftwerke.

Stickoxide

Stickoxide oder Stickstoffoxide ist ein Sammelbegriff für zahlreiche gasförmige Oxide des Stickstoffs. Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) werden als NO_x zusammengefasst. In NO_x-Gemischen höherer Konzentration kommen auch die Spezies N₂O₃ und N₂O₄ vor. Diese Gemische werden als nitrose Gase bezeichnet, vor allem im Bereich Arbeitsschutz. In der Luftchemie werden NO_x und andere Stickoxide mit einer Oxidationsstufe von 2 oder mehr, darunter auch Säuren und organische Spezies, mit dem Symbol NO_y zusammengefasst.

Stranded Assets

Stranded Assets sind "Vermögenswerte, die von unvorhergesehenen oder verfrühten Abschreibungen, Abwertungen oder der Umwandlung in Verbindlichkeiten betroffen sind". Stranded Assets können durch eine Vielzahl von Faktoren verursacht werden und sind ein Phänomen, das der "schöpferischen Zerstörung" des Wirtschaftswachstums, des Wandels und der Innovation innewohnt; als solche stellen sie Risiken für Einzelpersonen und Unternehmen dar und können systemische Auswirkungen haben.

Der Begriff ist für das finanzielle Risikomanagement wichtig, um wirtschaftliche Verluste zu vermeiden, nachdem ein Vermögenswert in eine Verbindlichkeit umgewandelt wurde. In der Rechnungslegung gibt es Maßnahmen zum Umgang mit der Wertminderung von Vermögenswerten (z. B. IAS 16), die sicherstellen sollen, dass die Vermögenswerte eines Unternehmens nicht mit mehr als ihrem erzielbaren Betrag angesetzt werden. In diesem Zusammenhang werden Stranded Assets auch als ein Vermögenswert definiert, der veraltet oder notleidend geworden ist, aber als Gewinnausfall in der Bilanz erfasst werden muss.

[Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator aus der englischen Wikipedia-Page: https://en.wikipedia.org/wiki/Stranded_asset]

THG Treibhausgase

Treibhausgase (THG) sind (Spuren-)Gase, die zum Treibhauseffekt (der Erde oder anderer Planeten) beitragen und sowohl natürlichen als auch anthropogenen Ursprungs sein können. Sie absorbieren einen Teil der vom Boden abgegebenen langwelligen (infraroten) Wärmestrahlung (thermische Strahlung), die sonst ins Weltall entweichen würde. Die dabei aufgenommene Energie emittieren sie entsprechend ihrer lokalen Temperatur überwiegend als Wärmestrahlung, deren zur Erde gerichteter Anteil atmosphärische Gegenstrahlung genannt wird. Diese erwärmt die Erdoberfläche zusätzlich zum kurz- bis langwelligen direkten Sonnenlicht. Die natürlichen Treibhausgase, insbesondere Wasserdampf, heben die durchschnittliche Temperatur an der Erdoberfläche um etwa 33 K auf +15 °C an. Ohne diesen natürlichen Treibhauseffekt hätte die Erdoberfläche im globalen Mittel nur eine Temperatur von -18 °C, was höher organisiertes Leben auf der Erde kaum möglich machen würde.

Der gegenwärtige, durch menschliche Aktivitäten verursachte Anstieg der Konzentration verschiedener Treibhausgase, insbesondere von Kohlenstoffdioxid (CO₂), verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und führt zur globalen Erwärmung, die ihrerseits mit zahlreichen Folgen verbunden ist. Diesen zusätzlichen, menschlich verursachten Anteil am Treibhauseffekt bezeichnet man als anthropogenen Treibhauseffekt.

Tipping point

Der aus dem Englischen stammende Begriff tipping point (dt. Umkipppunkt oder Umschlagspunkt) bezeichnet einen Punkt oder Moment, an dem eine vorher geradlinige und eindeutige Entwicklung durch bestimmte Rückkopplungen abrupt abbricht, die Richtung wechselt oder stark beschleunigt wird („qualitativer Umschlagspunkt“). Im Deutschen findet der Begriff Kippunkt oder Kippelement Verwendung.

Trilog

Trilog bzw. formeller Trilog (von altgriechisch τρι- tri „drei“ und λόγος lógos „Wort“ oder „Rede“) ist ein paritätisch zusammengesetztes Dreiertreffen der gesetzgebenden Institutionen der Europäischen Union (EU) – Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament. Die Europäische Kommission übernimmt eine moderierende Funktion. Trilog-Verhandlungen finden als Vermittlungsausschuss statt, wenn der Rat den Änderungsvorschlägen des Parlaments aus zweiter Lesung nicht zustimmt.

Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren kann jedoch erheblich abgekürzt werden, indem die Kompromissfindung bei der ersten oder vor der zweiten Lesung eines Gesetzesvorschlags mittels informeller Trilog-Verhandlungen vor der jeweiligen Lesung vorbereitet wird. Aus diesem Grund unterscheidet man zwischen formellem Trilog und informellem Trilog:

Während das formelle Trilogverfahren in den Verträgen geregelt ist und beispielsweise im Rahmen des Vermittlungsausschusses zum Einsatz kommt, dient das informelle Verfahren dazu, die Einberufung des mit einem höheren Zeitaufwand verbundenen formellen Verfahrens zwischen Rat und Europäischem Parlament zu umgehen und eine Einigung während der ersten oder (verbreitet) in der zweiten Lesung zu ermöglichen.

UBA - Umweltbundesamt

Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) ist die zentrale Umweltbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Es gehört zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung und dem Bundesamt für Strahlenschutz zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Aufgaben des Amtes sind vor allem „die wissenschaftliche Unterstützung der Bundesregierung (u. a. Bundesministerien für Umwelt, Gesundheit, Bildung und Forschung, Verkehr und digitale Infrastruktur), der Vollzug von Umweltgesetzen (z. B. Emissionsrechtehandel, Zulassung von Chemikalien, Arznei- und Pflanzenschutzmitteln) und die Information der Öffentlichkeit zum Umweltschutz“ auf Basis unabhängiger Forschung. Mit rund 1600 Mitarbeitern ist das deutsche Umweltbundesamt die größte Umweltbehörde Europas.

ÜNB Übertragungsnetzbetreiber

Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB, engl. Transmission System Operator, kurz TSO) sind Dienstleistungsunternehmen, die die Infrastruktur der überregionalen Stromnetze zur elektrischen Energieübertragung operativ betreiben, für bedarfsgerechte Instandhaltung und Dimensionierung sorgen und Stromhändlern/-lieferanten diskriminierungsfrei Zugang zu diesen Netzen gewähren. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, bei Bedarf Regelleistung zu beschaffen und dem System zur Verfügung zu stellen, um Netzschwankungen, die sich durch ein Missverhältnis zwischen zu einem Zeitpunkt erzeugter und verbrauchter elektrischer Energie ergeben, möglichst gering zu halten. Die Übertragungs- bzw. Transportnetze sind über Umspannwerke an die engmaschigeren und niederspannigeren Netze der Verteilnetzbetreiber (VNB) angeschlossen, die in der Regel die Versorgung der Endkunden, üblicherweise in Niederspannungsnetzen, gewährleisten. Einzelne Großkunden wie energieintensive Industriebetriebe können auch direkt an das Übertragungsnetz angeschlossen sein. Übertragungsnetze stellen natürliche Monopole dar und deren Betreiber unterliegen im Allgemeinen staatlicher Aufsicht.

Im Bereich der Höchstspannungsnetze sind die Netze der einzelnen Übertragungsnetzbetreiber über Hochspannungsleitungen zum nationalen Verbundnetz zusammengeschlossen.

UNESCO - United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

Die UNESCO (von engl. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), für Österreich und Schweiz Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur,[1][2] in Deutschland Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur,[3] ist eine Internationale Organisation und gleichzeitig eine der 17 rechtlich selbstständigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Sie hat ihren Sitz in Paris (Frankreich). Derzeit hat die UNESCO 193 Mitgliedsstaaten und 11 assoziierte Mitglieder (Stand November 2020).

UFZ - Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ (bis 28. November 2006: UFZ–Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH) ist sowohl in der Grundlagenforschung als auch angewandten Forschung tätig. Wissenschaftlicher Geschäftsführer ist Georg Teutsch.

Die Gründung erfolgte am 12. Dezember 1991, der Forschungsbetrieb wurde am 2. Januar 1992 aufgenommen. Das UFZ hat Standorte in Leipzig, Halle (Saale) und Magdeburg. Es betreibt außerdem Versuchsstationen in Bad Lauchstädt und Falkenberg. Am UFZ arbeiten 1.189 Mitarbeiter (Stand: Dezember 2019), davon 306 Promovierende.

[Das UFZ ist Herausgeber des Dürremonitors für Deutschland:

<https://www.ufz.de/index.php?de=37937>]

UNEP - United Nations Environment Programme

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (englisch United Nations Environment Programme, UNEP; französisch Programme des Nations unies pour l'environnement, PNUE) hat seinen Hauptsitz in Kenias Hauptstadt Nairobi.

Das Umweltprogramm wurde 1972 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (UNCHE) mit der UN-Resolution 27/2997 vom 15. Dezember 1972 ins Leben gerufen. Nach seinem Selbstverständnis ist das Programm die „Stimme der Umwelt“ bei den UN. UNEP wirkt als Auslöser, Anwalt, Lehrer und Vermittler für den schonenden Umgang mit der Umwelt und einer nachhaltigen Entwicklung. Es arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, darunter andere UN-Organisationen, andere internationale Organisationen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. Höchstes Entscheidungs- und Steuerungsgremium des Programms ist die Umweltversammlung der Vereinten Nationen.

UNFCCC - United Nations Framework Convention on Climate Change

Das **Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen** (engl. United Nations Framework Convention on Climate Change, **UNFCCC** / kurz „**Klimarahmenkonvention**“) ist ein internationales Umweltabkommen mit dem Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern und die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mildern (Artikel 2). Gleichzeitig umfasst diese Bezeichnung auch das Sekretariat, das die Umsetzung

der Konvention begleitet und seinen Sitz in Bonn hat. Die wichtigste Verpflichtung der Konvention ist, dass alle Vertragspartner regelmäßige Berichte, sogenannte Treibhausgasinventare, zu veröffentlichen haben, in denen Fakten zur aktuellen Treibhausgasemission und Trends enthalten sein müssen.

Die Klimarahmenkonvention wurde am 9. Mai 1992 in New York City verabschiedet und im selben Jahr auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro von 154 Staaten[1] unterschrieben. Sie trat zwei Jahre darauf, am 21. März 1994, in Kraft. Am 12. August 1996 zog das Sekretariat der Klimarahmenkonvention nach Bonn ins Haus Carstanjen um, seit Herbst 2013 ist es dort und im Bonner UN-Campus beheimatet.

VNB - Verteilnetzbetreiber

Ein Verteilnetzbetreiber (auch Verteilungsnetzbetreiber, Versorgungsnetzbetreiber, Netzbetreiber, Netzgesellschaft, in Deutschland nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und in Österreich nach dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz auch Verteilernetzbetreiber (VNB); englisch Distribution Network Operator (DNO)) ist ein Unternehmen, das Strom-, bzw. Gasnetze zur Verteilung an Endverbraucher (private Haushalte und Kleinverbraucher) betreibt.

Der Verteilnetzbetreiber bezieht seinen Strom vom Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) bzw. sein Gas vom Fernleitungsnetzbetreiber (FNB).

Seit der Liberalisierung der Energieversorgung sind die Energieversorgungsunternehmen in der Regel nicht mehr zugleich auch die Netzbetreiber. Lediglich von kleinen Stadtwerken dürfen Netze ohne rechtliche Trennung vom Unternehmen betrieben werden. Stromvertrieb und Netzbetrieb müssen aber auch dort organisatorisch entflochten sein. Netze sind natürliche Monopole. Deshalb gibt es in jedem Netzgebiet nur einen Gas- bzw. Stromnetzbetreiber, der nicht vom Kunden frei gewählt werden kann. Trotz der Trennung von Versorger und Netzbetreiber können beide Teil des gleichen Energiekonzerns sein.

Technische Regeln für Verteilnetze sind in Normen (VDE, DVGW etc.) festgelegt. Betriebliche und vertragliche Regeln werden in Deutschland von der Bundesnetzagentur freigegeben und beaufsichtigt.

Überprüfen!

WCRP - World Climate Research Programme

Das Weltklimaforschungsprogramm (World Climate Research Programme, WCRP) ist ein internationales Programm, das zur Koordination der globalen Klimaforschung beiträgt. Das WCRP wurde 1980 unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der World Meteorological Organization (WMO) und des International Council for Science (ICSU) gegründet und wird seit 1993 auch von der Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC) der UNESCO unterstützt.

Das Programm wird von seinen drei Sponsoren und zusätzlichen Beiträgen von Nationalstaaten oder anderen Gebern finanziert. Das WCRP nutzt diese Mittel, um wissenschaftliche Workshops oder Konferenzen zu organisieren und die Zusammenarbeit von Klimawissenschaftlern auf internationaler Ebene zu unterstützen. Seine Expertengruppen entwickeln unter anderem auch internationale

Standards für Klimadaten und schlagen zukünftige Schwerpunkte in der internationalen Klimaforschung vor.

[Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator von:

https://en.wikipedia.org/wiki/World_Climate_Research_Programme]

Welternährungsorganisation

[Siehe FAO](#)

WKA - Windkraftanlage

Eine Windkraftanlage (Abk.: WKA) oder Windenergieanlage (Abk.: WEA) wandelt die Energie des Windes in elektrische Energie, um sie dann in ein Stromnetz einzuspeisen. Umgangssprachlich werden auch die Bezeichnungen Windkraftwerk oder Windrad oder auch Windkraftkonverter verwendet. Windkraftanlagen sind heute mit Abstand die wichtigste Form der Nutzung der Windenergie. Die mit großem Abstand dominierende Bauform ist der dreiblättrige Auftriebsläufer mit horizontaler Achse und Rotor auf der Luvseite, dessen Maschinenhaus auf einem Turm montiert ist und der Windrichtung aktiv nachgeführt wird. Eine Reihe weiterer Konstruktionsformen, insbesondere mit anderer Bauweise des Rotors, haben sich bisher nicht durchgesetzt.

Windkraftanlagen können in allen Klimazonen genutzt werden. Sie werden an Land (onshore) und in Offshore-Windparks im Küstenvorfeld der Meere installiert. Heutige Anlagen werden fast ausschließlich mit Netzanschluss betrieben und weisen durch Einspeisung über Leistungselektronik im Gegensatz zu älteren Anlagen mit direkt netzgekoppeltem Asynchrongenerator eine sehr gute Netzverträglichkeit auf. Die mittlere Nennleistung der in 2018 neu installierten Onshore-Anlagen lag bei 3,34 MW (Deutschland). Die durchschnittliche Nennleistung aller installierten Offshore-Anlagen lag Ende 2018 weltweit bei 3,94 MW, in deutschen Projekten bei 4,83 MW.

WMO - World Meteorological Organization / Weltorganisation für Meteorologie

Die Weltorganisation für Meteorologie (engl. World Meteorological Organization, kurz WMO; spanische und französische Abkürzung OMM, umgangssprachlich auch Weltmeteorologiebehörde^[2]^[3] oder Weltwetterorganisation) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die WMO hat 193 Mitglieder in Form von Staaten und Territorien. Der Sitz ist Genf in der Schweiz. Für das Jahr 2016 lagen die Einnahmen der Organisation bei 80 Millionen US-Dollar und die Ausgaben bei 98 Millionen US-Dollar. Die WMO finanziert sich aus den freiwilligen Beiträgen der Mitgliedsländern und privaten Spenden.

WTO - Welthandelsorganisation / World Trade Organization

Die Welthandelsorganisation (englisch World Trade Organization, WTO; französisch Organisation mondiale du commerce, OMC; spanisch Organización Mundial de Comercio, OMC; im Deutschen üblicherweise mit WTO abgekürzt) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie wurde am 15. April 1994 aus dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) in der Uruguay-Runde nach siebenjähriger Verhandlungszeit gegründet. Am 1. Januar 1995 nahm sie ihre Arbeit in Genf auf. Die WTO ist neben dem IWF und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie - kurz: Wuppertal Institut

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie ist eine gemeinnützige Forschungseinrichtung aus Wuppertal. Es agiert als führende internationale wissenschaftliche Denkfabrik (Thinktank) im Bereich der impact- und anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsforschung. Die Forschung des Wuppertal Instituts zielt auf die Gestaltung von Transformationsprozessen hin zu einer klimagerechten und ressourcenleichten Welt und erarbeitet dafür wissenschaftliche Grundlagen. Als übergeordnetes Ziel strebt das Wuppertal Institut eine „treibhausgasneutrale und ressourcenleichte Gesellschaft“ bis zum Jahr 2050 an und erforscht und entwickelt nach eigener Aussage Leitbilder, Strategien und Instrumente für Übergänge zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. (...) Im Zentrum stehen Ressourcen-, Klima- und Energie-Herausforderungen in ihren Wechselwirkungen mit Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein Forschungsschwerpunkt des Instituts ist die Analyse und Förderung von Innovationen zur Entkopplung von Naturverbrauch und Wohlstandsentwicklung. Den Rahmen dafür bilden ein transdisziplinäres Wissenschaftsverständnis sowie konzeptionelle Grundlagen der Transition-Forschung. Dazu gehören sowohl die Problemanalyse, die Visionsentwicklung, als auch die Konzeption und Gestaltung von Realexperimenten sowie die Diffusion erfolgreicher Transformationsansätze. Das Institut versteht sich als Mittler zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und arbeitet dementsprechend anwendungsorientiert.

Ziele für nachhaltige Entwicklung

[Siehe SDG](#)